

35/86

CDU-Erfolg in Hamburg

Helmut Kohl: Wir kämpfen weiter um jede Stimme

Das Hamburger Wahlergebnis ist eine großartige Bestätigung der Arbeit der Partei, der Arbeit von Hartmut Perschau und Jürgen Echternach. Es ist aber selbstverständlich auch eine Bestätigung der Bonner Regierungspolitik sowie der Arbeit, die die Bundesregierung geleistet hat. Das sagte Helmut Kohl auf der Pressekonferenz nach der Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung in Bonn.

Für die Bundestagswahlen heißt das, daß wir auch nach diesem Ergebnis, dem zweiten großartigen Ergebnis nach den Wahlen in Bayern, um jede Stimme kämpfen müssen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die Wahl zum Bundestag entschieden ist. Ich habe nicht ohne Grund in der Fernsehdiskussion der Parteivorsitzenden gesagt: Wir kämpfen um jede Stimme, wir haben weder eine Stimme zu verschenken, noch eine Stimme zu verleihen. Wir brauchen jede Stimme, denn die Wahl ist erst am 25. Januar um 18 Uhr entschieden und keine Minute zuvor. Wir sind in der glücklichen Lage, daß unsere Politik, daß die Arbeit in diesen vier Jahren von einem immer größer werdenden Teil unserer Bevölkerung nicht nur verstanden, sondern auch akzeptiert und unterstützt wird. Das gibt uns eine sehr gute Ausgangsposition für den Wahltag am 25. Januar.

Eine ganz wichtige Erfahrung, die über Hamburg hinaus geht, ist die Motivation der Partei. Ich bin ja

(Fortsetzung Seite 2)

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● CDU EXTRA

Was Wahlkampf-Organisatoren wissen sollten / Versicherungsschutz und GEMA. Blauer Teil.

● Dokumentation

Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu den Ergebnissen der Gespräche in den USA und den deutsch-französischen Konsultationen.

Grüner Teil.

● Hamburg

Ergebnisse der Wahl und Zitate der in- und ausländischen Presse.
Ab Seite 6.

● Rheinvergiftung

Der Umweltminister hat sofort die notwendigen Maßnahmen ergriffen.
Seite 13.

● Frauen

Bericht von der Zielgruppenveranstaltung in Offenburg.
Seite 19.

unentwegt an jedem Wochenende in irgendeinem Teil der Bundesrepublik im Einsatz. Am Samstag war der erste gemeinsame Parteitag nach der Konstituierung der vereinten Landespartei in Nordrhein-Westfalen. Ich selbst habe in Münster auf diesem Parteitag gesprochen. Es ist ein Bundesland, in dem wir aufgrund der Wahlniederlage bei der letzten Landtagswahl unsere Probleme hatten. Ich habe den festen Eindruck gewonnen, daß die Partei auch in Nordrhein-Westfalen wieder Fuß gefaßt hat und bereit ist, sich kämpferisch einzusetzen. Ähnliches habe ich bei der großartigen Frauenkundgebung in Offenburg erlebt. Eine vergleichbare Kundgebung bringt keine andere Partei in der Bundesrepublik zusammen.

Nun eine kurze Bemerkung zu den anderen Parteien, vor allem zur SPD. Die Wahlniederlage der SPD hat einen erdrutschartigen Charakter. Der Stimmenverlust der SPD von fast zehn Prozent in einer traditionellen Hochburg zeigt, daß die Politik der SPD in Hamburg, aber auch die Politik der SPD im Bundesgebiet, von den Wählern nicht mehr akzeptiert wird. Jeden in der SPD-Führung muß es eigentlich nachdenklich stimmen, daß die SPD in Bayern, also im Süden unseres Landes, und in Hamburg, im Norden unseres Landes, bei Wahlen, die binnen vier Wochen stattfanden, jedesmal das schlechteste Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen hat. Das ist ein Hinweis darauf, daß die Politik der SPD in sich nicht mehr überzeugend, in sich nicht mehr schlüssig ist. Wenn das Ergebnis in Hamburg sich einmal im einzelnen analysieren läßt — die Unterlagen sind jetzt noch zu karg, um hier seriöse Urteile über Wählerwanderungen oder Wähleraustausch abgeben zu können —, wird sich sicher eines zeigen, was man jetzt schon erkennen kann: daß vor allem ein Teil der tra-

Jungwähler-Veranstaltung mit Kohl und Geißler

Unter dem Motto „Junge Menschen sagen ja zur Zukunft; Miesmachen ist out — Mitmachen ist in“ findet am Samstag, dem 22. November 1986, in den Messehallen 6-8 in Köln die ganztägige Jungwähler-Veranstaltung statt. Als Hauptredner werden Bundeskanzler Helmut Kohl sowie Generalsekretär Heiner Geißler erwartet. Ein Grußwort wird der NRW-Landesvorsitzende Kurt H. Biedenkopf sprechen. Von 12.30 bis 14.30 Uhr besteht für die Teilnehmer die Möglichkeit, an zehn Diskussionsforen teilzunehmen.

Anmeldungen für diese Veranstaltung sind an die

CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abteilung Organisation,
5300 Bonn 1, zu richten.

Nach Ende der Jungwähler-Veranstaltung findet im Rahmen des Deutschen Landtages der Jungen Union um 18 Uhr eine Disco-Veranstaltung in der Messehalle 7 statt. Hierzu sind alle Teilnehmer der Jungwähler-Veranstaltung herzlich eingeladen.

ditionellen SPD-Wähler in der Arbeiter- und Facharbeiterchaft entweder zu Hause geblieben, oder zu anderen demokratischen Parteien nicht zuletzt zu uns, zur CDU gegangen ist.

Mit einem Wort, wir sind der Überzeugung, daß dieses Ergebnis unsere Politik in Hamburg und in Bonn bestätigt hat. Wir sind der Überzeugung, daß wir eine sehr gute Ausgangsposition haben für den 25. Januar 1987, aber wir wissen auch, daß wir um jede Stimme kämpfen müssen. Es gilt jetzt, die verbleibenden siebzig Tage zu nutzen. Das ist auch der Wille und die Entschlossenheit des Vorstands der CDU Deutschlands.

Hartmut Perschau:

Im Interesse Hamburgs zur Zusammenarbeit bereit

Der Spitzenkandidat der CDU in Hamburg erklärte auf derselben Pressekonferenz: Das Wahlergebnis, das heute vorliegt, zeichnete sich in den letzten Monaten nicht so ohne weiteres ab. Wir hatten vor der Sommerpause in den Umfragen noch ein Bild, das die SPD bei 51 Prozent zeigte, die CDU bei 34, die FDP bei vier und die Grünen bei sieben bis acht Prozent.

Aber seit der Sommerpause hat eine allmähliche und stärker formierende Stimmungsveränderung in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden mit einem wachsenden, sehr angenehmen Rückenwind aus Bonn. Das Großklima hat sich positiv zu unseren Gunsten verändert und das hat sicherlich unsere Argumentation sehr viel leichter und sicherlich auch sehr viel wirksamer gemacht.

Ich glaube, daß der Wahlkampf der Hamburger Bevölkerung sehr deutlich gemacht hat, daß die CDU vom ersten bis zum letzten Tag in der Offensive war und die Themen des Wahlkampfes alleine bestimmt hat. Die SPD war immer in der Defensive und hat auf jede programmatische und inhaltliche Aussage verzichtet. Wir haben die Themen „Innere Sicherheit“ im Zusammenhang mit der Kriminalitätsentwicklung und mit der Entwicklung der Hausbesetzerszene an der Hafenstraße besetzt. Wir haben das Thema der Abkopplung Hamburgs von der positiven Wirtschaftsentwicklung des Bundes gehabt mit einer dramatisch wachsenden Arbeitslosigkeit, minimalem Wirtschaftswachstum und hoher Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben die Themen „teuerste

Stadt“ und „Abwanderung“ in den Wahlkampf eingeführt. Wir haben natürlich im Stammland der „Neuen Heimat“ ein Thema gehabt, das den 30 Jahre währenden SPD-Genossenfilz in ganz besonderer Weise charakterisiert hat. Das „Neue-Heimat-Thema“, die ganze „Neue-Heimat-Tragödie“ ist nur möglich gewesen, weil in Hamburg über viele Jahre die Genossen, bei allem was bei der Neuen Heimat geschah, immer beide Augen zugedrückt haben.

Die Sozialdemokraten haben in diesem Wahlkampf sowohl in den Plakaten wie auch in den Anzeigen kein einziges Argument transportiert. Wer in Hamburg war, hat es im Straßenbild gesehen: es gab nur ein einziges Plakat mit dem Bürgermeister, da stand drauf, „Dohnanyi für Hamburg und Hamburg für Dohnanyi“. Dann stand auf Plakaten nur noch „Hingehen SPD“. Auf einem anderen Plakat stand „Wählen SPD“ und in der letzten Woche stand dann „Sonntag wählen — SPD“ und am Sonnabend stand dann „Morgen wählen — SPD“. Dieses war die einzige inhaltliche Aussage. Es hat darüber hinaus keine gegeben und deshalb war es sehr leicht für uns, die Themen zu bestimmten.

Die SPD hat Stimmen an alle drei Parteien abgegeben. Sie hat an die Grünen und an uns verloren, weil die SPD einen Spagat versucht hat, den sie politisch nicht durchhalten konnte. Man kann nicht mit dem gleichen Bürgermeister einerseits eine Verbesserung der Standortrahmenbedingungen Hamburgs beschwören und andererseits den Ausstieg aus der

Kernenergie in einer Stadt erklären wollen, die zu 75 Prozent ihrer Stromversorgung von der Kernenergie abhängig ist.

Wir haben in dieser letzten Zeit sehr viele Fensterreden von den SPD-Politikern aus dem „rechten Fenster“ gehört und gleichzeitig im letzten halben Jahr einen immer bedrückenderen Versuch erlebt, die Wanderung linker SPD-Wähler zu den Grünen zu stoppen. Das hat dazu geführt, daß die SPD auf beiden Seiten Glaubwürdigkeit verloren hat.

Wir haben in dieser Situation sicherlich durch den hervorragenden Einsatz der Bundespartei, durch die Hilfe des Bundeskanzlers, der mehrfach in Hamburg war, durch den Einsatz des gesamten Bundeskabinetts eine Stimmung erzeugt, die in der Demoskopie meßbar von Woche zu Woche im Wahlkampf für uns besser und für die SPD negativer wurde. Und in den letzten vier Wochen vor der Wahl gingen alle Linien für die CDU nach oben und alle Linien für die SPD nach unten.

Ich glaube, daß dieses Wahlergebnis uns nun vor eine sehr überschaubare Problematik gestellt hat. Wir haben drei Parteien in der Hamburger Bürgerschaft: die CDU hat eine hauchdünne Mehrheit, wir sind wieder stärkste Partei geworden. Das erfüllt uns natürlich mit Glück und Stolz, aber wir haben nicht die absolute Mehrheit und ich kann mit diesem Ergebnis keinen Senat wählen. Es gibt nun mehrere Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit, daß die SPD mit den Grünen zusammen regiert, das würde rechnerisch gehen, nur das würde bedeuten, daß alle Probleme, die wir in diesem Wahlkampf diskutiert haben, und die letztlich den Wähler dazu gebracht haben so zu votieren wie er votiert hat, in einem rot-grünen Bündnis nicht nur nicht gelöst würden, sondern daß für jeden, der Hamburg kennt, offensichtlich ist, daß ein Bündnis

von SPD und Grünen die Stadt in den Abgrund treiben würde. Der wirtschaftliche Ruin wäre die Folge einer solchen Politik.

Wer sich die Arbeitslosigkeit, die Auszehrung, die Verschuldung, die sehr schwierige wirtschaftliche Lage unserer Stadt ansieht, wer sich die Probleme der inneren Sicherheit vergegenwärtigt und glaubt, daß das in einem rot-grünen Bündnis gelöst werden könnte, der ist einfach abwegig in seinem Denken. Und deshalb ist es natürlich klar, daß ein Bündnis von SPD und Grünen von uns nicht verantwortet werden kann und ich verrate kein Geheimnis, daß natürlich eine Verbindung von CDU und Grünen völlig ausgeschlossen ist und überhaupt nicht denkbar ist.

Auf der anderen Seite ist es so, daß der Wähler entschieden und ein Wahlergebnis produziert hat, d.h. wir wollen weniger SPD und wir wollen mehr CDU.

Deshalb gibt es **angesichts der Probleme, die wir zu lösen haben, nur die Möglichkeit, daß die CDU verantwortungsbewußt ihre Zusammenarbeit anbietet. Es liegt nicht mehr an uns, sondern es liegt an der SPD, ob die SPD die Kraft noch besitzt, ihre Flügel, die in Hamburg sicherlich sehr viel weiter auseinander driften, als in den anderen Landesverbänden, zusammenzubringen.**

Ob die SPD überhaupt die Kraft hat, in den nächsten Monaten zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen, ist so ungewiß, wie das Schicksal des amtierenden Bürgermeisters. Die Fragen, die sich heute für die Zukunft stellen und die natürlich mit der Zukunft unserer Stadt engstens verbunden sind, hängen in erster Linie damit zusammen, wie die SPD sich in den nächsten Wochen findet und zu welcher Aussage diese SPD die Kraft hat.

Jürgen Echternach:

Auch eine Signalwirkung für die Bundestagswahl

Der Landesvorsitzende der Hamburger CDU erklärte: Es sind vor allem drei Gründe, die zu diesem Wahlergebnis geführt haben. Das erste ist die ungeheure Mobilisierung unserer Partei und unserer Anhänger. Dabei gebührt der Hauptverdienst unserem Spitzenkandidaten, der einen sehr langen Wahlkampf zu führen hatte und dann noch in der Lage war, von Monat zu Monat zuzulegen und auch in den letzten Tagen immer wieder zusätzlich zu mobilisieren und damit eine Steigerung in den Wahlkampf gebracht hat, die für uns ungeheuer wichtig war.

Kurz gesagt: er persönlich hat einen großartigen Einsatz gebracht, der sicher einen ganz erheblichen Beitrag zu dem Wahlergebnis geleistet hat. Es kommt hinzu, daß die Partei insgesamt mobilisiert war wie selten zuvor. Über 2000 Mitglieder waren in der Lage, an den letzten drei Wochenenden vor der Wahl eine CDU-Zeitung zu verteilen.

Der zweite wichtige Faktor war die Demoralisierung der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten waren angeschlagen durch das Neue-Heimat-Thema, was die sehr stark in Hamburg organisierte Arbeitnehmerschaft in eine Distanz zur Sozialdemokratischen Partei bringen mußte. Hinzu kam die innere Zerrissenheit der SPD. Mir ist kein Landesverband der Sozialdemokratischen Partei bekannt, der so zerrissen ist wie gerade die Hamburger Sozialdemokratie.

Der dritte wichtige Faktor für das Wahlergebnis sind die Bundespolitik und die Bundespartei gewesen. Angesichts der

zeitlich eng beieinanderliegenden Wahltermine lag es nahe, von vornherein den Wahlkampf auf eine Verzahnung von Bundes- und Landespolitik anzulegen. Insofern war es für uns entscheidend, daß der Bundeskanzler selbst mehrfach in Hamburg in den Wahlkampf aktiv eingegriffen hat wie auch die massive, organisatorische und politische Unterstützung, die wir durch die Bundespartei erhalten haben.

Die größten Gewinne haben wir in den SPD-Hochburgen erzielt: in Hamburg-Mitte und Hamburg-Harburg, klassische Hochburgen der Sozialdemokraten. Die Wahlbeteiligung ist zwar zurückgegangen gegenüber der Dezember-Wahl 1982, aber sie liegt insgesamt gesehen sehr gut in der Tradition der Hamburgischen Bürgerschaftswahl. Die Wahlbeteiligung ist es nicht gewesen, sondern es hat eine echte Wählerverschiebung gegeben in den Hochburgen, d. h. die Arbeiter, die die SPD nicht gewählt haben, sind nicht etwa der Entscheidung ausgewichen, durch ein Zuhausebleiben, sondern sie sind zu uns gekommen. Sie haben CDU gewählt. Diese massive Abwanderung von klassischen Arbeiterwählern der SPD zu uns ist entscheidend. Unser Wahlzuwachs ist dem gegenüber in den bürgerlichen Stadtteilen weit geringer ausgefallen. Insofern ist dies ein Ergebnis, das auch eine Signalwirkung für die Bundesebene hat. Herr Rau hat in Hamburg gesagt, er wolle in Hamburg ein Wahlergebnis von fünfzig Prozent plus X erzielen. Von diesen fünfzig Prozent plus X ist er weit, weit entfernt.

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 9. November 1986

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Bürgerschaft 1986	Bürgerschaft 1982	Bundestag 1983 ¹⁾	Europa 1984
Wahlberechtigte	1 243 008	1 239 944	1 246 089	1 250 808
Wahlbeteiligung	971 334 (78,1)	1 041 258 (84,0)	1 105 844 (88,7)	729 868 (58,4)
Gültige Stimmen	959 342	1 032 813	1 100 867	721 706
SPD	400 600 (41,8)	530 117 (51,3)	521 509 (47,4)	302 848 (42,0)
CDU	402 027 (41,9)	398 518 (38,6)	414 055 (37,6)	264 300 (36,6)
GRÜNE/GAL	99 832 (10,4)	70 501 (6,8)	90 174 (8,2)	91 944 (12,7)
FDP	45 684 (4,8)	26 485 (2,6)	68 926 (6,3)	35 426 (4,9)
DKP	1 607 (0,2)	3 885 (0,4)	3 821 (0,3)	—
HLA	6513 (0,7)	2 804 (0,3)	—	—
FSU	357 (0,0)	—	—	—
BWK	198 (0,0)	—	—	—
A-R-G/Kardel	806 (0,1)	—	—	—
FAP	717 (0,1)	—	—	—
Patrioten	468 (0,0)	—	—	—
EFP	533 (0,1)	—	—	1 304 (0,2)

¹⁾ Zweitstimmen

Mandatsverteilung

	Bürgerschaft November 1986	Bürgerschaft Dezember 1982
SPD	53	64
CDU	54	48
GRÜNE/GAL	13	8
FDP	—	—

Abkürzungen:

- HLA = Hamburger Liste für Ausländerstopp
- FSU = Freisoziale Union — Demokratische Mitte
- BWK = Bund Westdeutscher Kommunisten
- A-R-G/Kardel = Arbeitslosen-Rentner-Gruppe
- FAP = Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
- Patrioten = Patrioten für Deutschland
- EFP = Europäische Föderalistische Partei — Europa-Partei

Ergebnisse nach Bezirken

Wahlkreis	Wahljahr	Diff. CDU 1982/1986	SPD	CDU	GRÜNE GAL	FDP
Hamburg-Mitte	Nov. 1986	+ 4,6	47,7	37,4	10,2	3,2
	Dez. 1982		58,3	32,8	6,5	1,6
	EW 1984		50,0	31,2	11,7	3,2
	BTW 1983		51,1	34,4	9,0	4,7
Altona	Nov. 1986	+ 2,0	38,5	42,9	11,6	5,9
	Dez. 1982		47,7	40,9	7,5	3,2
	EW 1984		37,9	39,0	13,2	6,0
	BTW 1983		44,1	38,4	9,1	7,8
Eimsbüttel	Nov. 1986	+ 2,8	39,0	41,2	13,7	4,9
	Dez. 1982		48,9	38,4	9,3	2,5
	EW 1984		38,8	36,4	15,5	5,0
	BTW 1983		45,1	37,0	10,7	6,5
Hamburg-Nord	Nov. 1986	+ 2,3	42,2	39,5	12,4	4,9
	Dez. 1982		51,5	37,2	8,0	2,5
	EW 1984		41,6	35,1	14,2	4,9
	BTW 1983		41,9	39,9	9,5	8,2
Wandsbek	Nov. 1986	+ 3,7	39,5	45,8	8,3	5,4
	Dez. 1982		48,6	42,1	5,6	3,2
	EW 1984		39,5	39,7	11,8	5,7
	BTW 1983		47,4	38,8	6,9	6,4
Bergedorf	Nov. 1986	+ 3,4	42,1	43,8	8,7	4,1
	Dez. 1982		51,8	40,4	5,2	2,0
	EW 1984		43,4	37,9	11,4	4,1
	BTW 1983		50,9	37,6	6,1	4,8
Harburg	Nov. 1986	+ 4,6	47,4	40,5	7,1	3,6
	Dez. 1982		56,9	35,9	4,6	1,9
	EW 1984		48,3	34,3	10,0	4,0
	BTW 1983		52,8	36,2	5,7	4,7

Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen seit 1946

Partei	1946	1949	1953	1957	1961	1966	1970	1974	1978	Juni 1982	Dez. 1982	1986
SPD	43,1	42,8	45,2	53,9	57,4	59,0	55,3	44,9	51,5	42,7	51,3	41,8
CDU	26,7	[34,5 ³⁾	[32,2	29,1	30,0	32,8	40,6	37,6	43,2	38,6	41,9	
FDP	18,2	13,3	8,6	9,6	6,8	7,1	10,9	4,8	4,9	2,6	4,8	
DKP ¹⁾	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—	—	—	—
RSF	0,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
KPD	0,7	2,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
NPD	10,4	7,4	3,2	—	—	—	—	—	—	0,1	—	—
DKP ²⁾	—	—	—	—	—	3,9	2,7	0,8	0,3	—	—	—
Bunte	—	—	—	—	—	—	1,7	2,2	1,0	0,6	0,4	0,2
GLU	—	—	—	—	—	—	—	—	3,5	—	—	—
GRÜNE/GAL	—	—	—	—	—	—	—	—	1,0	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	7,7	6,8	10,4	

Sitzverteilung in der Bürgerschaft seit 1946

Partei	1946	1949	1953	1957	1961	1966	1970	1974	1978	Juni 1982	Dez. 1982	1986
SPD	83	65	58	69	72	74	70	56	69	55	64	53
CDU	16	—	—	41	36	38	41	51	51	56	48	54
FDP	7	[40 ³⁾	[62 ⁴⁾	10	12	8	9	13	—	—	—	—
DP	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
DKP ¹⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
RSF	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
KPD	4	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
GRÜNE/GAL	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	8	13

¹⁾ DKP = Deutsche Konservative Partei²⁾ DKP = Deutsche Kommunistische Partei³⁾ Zusammengeschlossen zum Vaterstädtischen Bund Hamburg (CDU, FDP)⁴⁾ Zusammengeschlossen zum Hamburger Block (CDU, FDP, DP)

Die Abkürzungen bedeuten:

DP	— Deutsche Partei
RSF	— Radikal-Sozialistische Freiheitspartei
KPD	— Kommunistische Partei Deutschlands
NPD	— Nationalsozialistische Partei Deutschlands
Bunte	— Bunte Liste/Wehrt Euch — Initiativen für Demokratie und Umweltschutz
GLU	— Grüne Liste Umweltschutz

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)					nächste Wahl
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DKP	
Berlin	10. 3. 1985	46,4	32,4	10,6 ¹⁾	8,4	0,6 ²⁾	1989
Baden-Württemberg	25. 3. 1984	51,9	32,4	8,0	7,2	0,3	1988
Bayern	12. 10. 1986	55,8 ³⁾	27,5	7,5	3,8	—	1990
Bremen	25. 9. 1983	33,3	51,34	5,43 ⁴⁾	4,59	—	1987
Hamburg	9. 11. 1986	41,9	41,8	10,4	4,8	0,2	1990
Hessen	25. 9. 1983	39,4	46,2	5,9	7,6	0,3	1987
Niedersachsen	15. 6. 1986	44,3	42,1	7,1	6,0	0,1	1990
Nordrhein-Westfalen	12. 5. 1985	36,5	52,1	4,6	6,0	—	1987
Rheinland-Pfalz	6. 3. 1983	51,9	39,6	4,5	3,5	0,2	1990
Saarland	10. 3. 1985	37,3	49,2	2,5	10,0	0,3	1987
Schleswig-Holstein	13. 3. 1983	49,0	43,7	3,6	2,2	0,1	1987
Bundestag	6. 3. 1983	48,8 ⁵⁾	38,2	5,6	7,0	0,2	1987

¹⁾ AL²⁾ SEW³⁾ CSU⁴⁾ BGL (GRÜNE): 2,36 %

Die GRÜNEN: 5,43 %

⁵⁾ CDU/CSU

Die Bürgerschaftswahlen im Spiegel der Presse

„Dohnanyis Desaster in Hamburg wird zu Raus Problem in Bonn.“

(Die Welt vom 10. 11. 1986)

„Glotz fürchtet jetzt den Durchmarsch der Union.“ (Bonner Rundschau vom 10. 11. 1986)

„Die SPD steht vor einem Scherbenhafen.“ (Nordsee-Zeitung vom 10. 11. 1986)

„Die Hamburger Wahl bestätigt einen Trend, der von einer Testwahl zur anderen die SPD dort im Niedergang zeigt, wo sie einst stark war, in den Großstädten. Die Sozialdemokraten haben große gesellschaftliche Veränderungen nicht rechtzeitig wahrgenommen.“

(Süddeutsche Zeitung vom 10. 11. 1986)

„Rückenwind für die Bonner Koalition.“ (Rhein-Zeitung vom 10. 11. 1986)

„Die Union bleibt im Aufwind.“ (Westfälische Rundschau vom 10. 11. 1986)

„Die rote Fraktion der Sozialisten ist 77 Tage vor den Bundestagswahlen gefallen. Dieses katastrophale Resultat für die Partei von Willy Brandt hat eine noch größere Bedeutung als der vor vier Wochen bei den Landtagswahlen in Bayern verzeichnete Stimmenrückgang.“

(Le Figaro vom 10. 11. 1986)

„Auch der Wahlparteitag von Offenburg konnte die Identitäts- und Orientierungs-krise, die sich der SPD bemächtigt hat und die durch die Krise der Gewerkschaften mit ihrem Neue-Heimat-Skandal verstärkt wird, nicht verbergen, geschweige denn eli-minieren!“

(Corriere Della Sera vom 10. 11. 1986)

„Die neue Niederlage der SPD ... verdirbt Rau ... alle Bemühungen, sich das Image eines Siegers zuzulegen. Gleichzeitig ver-stärkt das Wahlergebnis ... das ruhige Vertrauen, mit dem die CDU dem Resultat bei der Wahl im Januar entgegensieht, si-cher, daß es den Sieg ohne Überraschun-gen gibt, den die Meinungsforschungsinsti-tute seit einiger Zeit voraussagen.“

(La Stampa vom 10. 11. 1986)

„Der Skandal um den gewerkschaftseige-nen Baukonzern Neue Heimat und Pannen bei Polizei und Justiz haben viele Anhänger der SPD veranlaßt, Wahlabstinent zu üben, um der eigenen Partei einen Denk-zettel zu verpassen ...“

(Berner Zeitung vom 10. 11. 1986)

„Für Rau bedeutet der Wahlausgang eine herbe Schlappe ... Da muß Rau sich fra-gen lassen, wo er denn die Stimmen für sei-nen Traum einer absoluten Mehrheit im Bundestag hernehmen will.“

(Der Bund vom 10. 11. 1986)

„Für Rau bedeutet das niederschmetternde Ergebnis in Hamburg einen weiteren schweren Rückschlag ...“

(Neue Zürcher Zeitung vom 10. 11. 1986)

„Zum anderen haben Hamburgs Wähler der bislang so stolz regierenden SPD eine Ohrfeige verpaßt, deren Wucht in der deut-schen Nachkriegsgeschichte ihresgleichen sucht. Die massive Abkehr wird den SPD-Strategen wie dem Kanzlerkandidaten Rau böse in die Knochen fahren.“

(Zürcher „Tages-Anzeiger“ vom 10. 11. 1986)

„Es bedarf offenbar einiger Anstrengungen der sozialdemokratischen Führung, den zu-sammen mit der Partei schwer angeschla-genen Kanzlerkandidaten Rau zu stabilisi-sieren.“

(Kölner Stadt-Anzeiger vom 11. 11. 1986)

„Von absoluter Mehrheit redet die SPD nicht mehr; ... allein die Hoffnung auf Wunder und ein plötzliches Erwachen der Wähler nach Hamburg allein reichen nicht.“

(Kölner Rundschau vom 11. 11. 1986)

„Diesmal kam den Sozialdemokraten in Hamburg kein Wende-Effekt zu Hilfe; die Lage der SPD ist so desolat wie 1982.“

(Frankfurter Neue Presse vom 11. 11. 1986)

„Rau geht pfeifend durch einen dunklen Gang.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1986)

„Klaus von Dohnanyi, der alle Pannen im Stadtstaat an der Elbe gleichsam wie ein Phoenix aus der Asche zu überfliegen

schien, ist abgestürzt. Jetzt wird das Murren unüberhörbar ... Künftig wird sich Dohnanyi gefallen lassen müssen, wieder stärker in die Parteigremien eingebunden zu werden.“

(Kölnische Rundschau vom 11. 11. 1986)

„Die SPD kann die Zerreißprobe nicht verleugnen, in der sie sich befindet. Nicht einmal der Vorsitzende Brandt und der Oppositionsführer Vogel sind sich über die künftige Strategie einig. Mit solcher Richtungslosigkeit ist keine Partei zusammenzuhalten, geschweige denn, eine Wahl zu gewinnen.“

(Abendpost-Nachtausgabe vom 11. 11. 1986)

Warum laufen der SPD die Wähler weg? CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sieht es so:

1. *Die SPD befindet sich im Schlepptau der Grünen.*
 2. *Der sozialdemokratische „Genossen-Filz“ ist verantwortlich für die Misere der Neuen Heimat.*
 3. *Die Sozialdemokraten machen den Menschen Angst und schüren den Sozial-Neid.*
 4. *Die Mehrheit der Wähler hat sich aber für den wirtschaftlichen Aufschwung, für sichere Renten und eine positive Zukunft entschieden.*
- (Bild, 11. 11. 1986)

„Von Kanzler ist nicht mehr die Rede, nur noch vom Kandidaten, der eine absolute Mehrheit der Union verhindern soll. Doch das ist die klassische Aufgabe von Partei- und Oppositionsführern. Dazu braucht man keinen Kanzlerkandidaten.“

(Express vom 11. 11. 1986)

„Die SPD-Führung ... Daß ihr das kalte Entsetzen in die Glieder gefahren ist, kann man verstehen; aber von allen ihren Wahlzielen ist dieses nur wirklich das absurdeste. Wie will die SPD Wähler mobilisieren, denen der Kanzlerkandidat noch vor wenigen Tagen das Ziel einer eigenen Mehrheit vorgegeben hat, die nun aber erfahren müssen, sie hätten vor allem zur Verhinderung der Mehrheit der anderen großen Partei anzutreten?“

(Süddeutsche Zeitung vom 11. 11. 1986)

„Es kommt wahrlich knüppelhart für die SPD. Als Folge der vernichtenden Wahlniederlage von Hamburg hat der stellvertretende Bundesgeschäftsführer Wolfgang Clement seinen Posten abgegeben. Bodo Hombach, der zweite Vertraute des SPD-Spitzenkandidaten, ist aus der Bonner Wahlkampfleitung ausgeschieden. Zwei der engsten Mitarbeiter von Johannes Rau haben den schlängernden SPD-Tanker während der Fahrt verlassen. Wie lange wird sich der Kapitän noch auf der Brücke halten?“ (Kölnische Rundschau, 12. 11. 1986)

„... die SPD gibt sich praktisch 75 Tage vor dem Wahltag mit dem Platz zufrieden und setzt nicht mehr auf Sieg.“

(Rheinische Post vom 11. 11. 1986)

Wahlkampf im TV

Im Kalender ankreuzen und vormerken!

Hier sind die wichtigsten Sendungen von ARD und ZDF im bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Dabei handelt es sich in chronologischer Reihenfolge um folgendes:

Mittwoch, 26. November 1986 ARD
Diskussionsrunde
mit den Generalsekretären

Sonntag, 11. Januar 1987 ARD
„Wahlkampf heute abend“

Sonntag, 18. Januar 1987 ZDF
„Wahlkampf heute abend“

Donnerstag, 22. Januar 1987 ARD/ZDF
Gemeinschaftssendung
mit den Parteivorsitzenden.

Die Sendungen beginnen jeweils um 20.15 Uhr.

Berliner Fußball: Rote Karte aus Moskau

Die Berliner Fußballfreunde werden im Zweifel auf das Gastspiel der sowjetischen Nationalmannschaft verzichten können. Zudem hat das freie Berlin auch sportlich international einen solchen Rang, daß es nicht schwer fallen wird, auf der Stelle Ersatz für das nunmehr abgesagte Länderspiel zu schaffen.

Die politische Seite dieser Angelegenheit wirft indes schwerwiegende Fragen auf. Hat der DFB politisch arglos gehandelt? Hat die DDR in Moskau zugunsten einer Rücknahme der sowjetischen Zusage interveniert? Und grundsätzlich: Wieviel Vertrauen kann man Moskau entgegenbringen, wenn es um Abmachungen geht, die insbesondere Berlin betreffen?

Der durch die Moskauer Entscheidung angerichtete politische Flurschaden könnte sich größer erweisen als die sowjetischen Sportfunktionäre vielleicht angenommen haben.

Zu einem Zeitpunkt, zu dem auf den unterschiedlichsten Ebenen um Vertrauen zwischen Ost und West, um den Abbau bestehender Gegensätze gerungen wird, wird die deutsche Öffentlichkeit massiv daran erinnert, daß die vom Osten so gern benutzte Vokabel von der „friedlichen Koexistenz“ nach wie vor eben auch Fortsetzung des ideologischen, ökonomischen, politischen und wohl auch sportpolitischen Kampfes bedeutet.

Moskau und Ost-Berlin sollten zur Kenntnis nehmen, daß hierzulande über diese Entscheidung nicht zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Die Moskauer Abseitsfalle könnte sich als politischer Bumerang erweisen, stellt Eduard Lintner, Deutschland- und Berlinpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Bonn: 77 Milliarden Wiedergutmachung

Die Bundesregierung sieht 41 Jahre nach dem Ende der Naziherrschaft keinen Grund für neue Wiedergutmachungsge setze. Dies geht aus einem Bericht der Regierung an den Bundestag hervor, der vom Familienministerium vorgelegt wurde. In dem Bericht werden die geltenden Entschädigungsregelungen auch in strittigen Fällen, wie etwa bei Sinti und Roma, Zwangssterilisierten und den Opfern von Menschenversuchen als ausreichend bezeichnet.

Dem Bericht zufolge hat die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen an Naziopfer oder an betroffene Staaten mehr als 77 Milliarden Mark an Wiedergutmachungszahlungen geleistet. Bis zum Jahr 2000 werden die Leistungen voraussichtlich die Grenze von 100 Milliarden Mark überschritten haben.

„Friedensforscher“ als Volksaufhetzer

Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt gegen den Friedensforscher Robert Jung (73) wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und aufwieglerischen Landfriedensbruch. Dies teilte der Leitende Oberstaatsanwalt Albert Farwick in Hanau mit. Ursache der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind Äußerungen Jungks während einer Kundgebung im Rahmen der Großdemonstration gegen die Nuklearindustrie am vergangenen Samstag in Hanau. Jungk hatte vor den Nuklearbetrieben den 15 000 Demonstranten zuge rufen: „Hauptsache Widerstand, egal, ob friedlich oder militant.“ Auch den Aufruf „macht kaputt, was Euch kaputtmacht!“ bewerten die Ermittlungsbehörden als Aufforderung zu Gewalttaten.

Aktuelle Anzeigenkampagne

CDU-Erfolg in Hamburg!

*Nach Bayern die zweite
schwere Schlappe für die SPD.*

Entscheidung für:

- Innere Sicherheit**
- Wirtschaftlichen Aufschwung**
- Sichere Renten.**

Vertrauen für den Bundeskanzler.

Weiter so
CDU

Die Zukunft

Informieren Sie sich über
die erfolgreiche Politik
der CDU. Postkarte genügt.
Wir antworten sofort.

CDU-Bundesgeschäftsstelle,
Abt. Öffentlichkeitsarbeit,
5300 Bonn 1.

In den nächsten sechs Wochen führt die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine aktuelle Anzeigenkampagne in der meiningsbildenden Presse durch. Auftakt ist die abgebildete Anzeige, die, im Sinne unseres redaktionellen Wahlkampfes, am Dienstag geschaltet wurde und Bezug auf das Wahlergebnis von Sonntagabend nimmt.

Die weiteren Anzeigen erscheinen zweimal wöchentlich (Montag und Freitag) in FAZ, Welt und Handelsblatt mit insgesamt 12 Motiven. Die Wochenzeitungen Zeit, Rheinischer Merkur, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt und Welt am Sonntag werden mit sechs Anzeigen belegt.

Der Umweltminister hat sofort alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen

In der Nacht vom 1./2. November 1986 brach bei der Firma Sandoz in Basel in einer Halle, die zur Lagerung von Chemikalien verwendet wurde, ein Brand aus. Obgleich nach Schweizer Auskünften angeblich keine gefährlichen Stoffe in den Rhein gelangt wären, veranlaßte das Bundesumweltministerium noch am gleichen Tag die Auslösung des internationalen Warn- und Alarmplanes für den Rhein. Diese Maßnahme hat sich im nachhinein als sachgerecht und erforderlich erwiesen. Heute ist bekannt, daß durch das Löschwasser mindestens 34 verschiedene Schadstoffe in den Rhein gelangt sind, die zum Tod von rd. einer halben Million Fische geführt haben.

Schon am 4. November 1986 hat das Bundesumweltministerium eine erste ökotoxikologische Bewertung dieser Stoffe durch das Umweltbundesamt an die einzelnen Bundesländer weitergeleitet, obgleich noch bis zum 6. November 1986 die Umweltminister der Länder keinen Beratungs- und Informationsbedarf wegen der Rheinverschmutzungen geäußert hatten. Das Bundesumweltministerium hat auch darüber hinausgehend alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Minimalisierung der Unfallschäden ergriffen bzw. veranlaßt, soweit sie in seiner Zuständigkeit liegen. Es ist jedoch ausschließlich Sache der Länder, die für den Gewässerschutz zuständig sind, gegebenenfalls Empfehlungen und Verhaltensaßnahmen für die Bevölkerung auszusprechen. Das Bundesumweltministerium hat darüber hinaus den Bundesländern jede Unterstützung durch Experten und durch Laborkapazitäten von Bundesbehörden angeboten.

Der zweite Schwerpunkt des BMU bestand darin, schnellstmöglich nationale und internationale Beratungen über erforderliche Konsequenzen einzuleiten. Auf Initiative des BMU fand am Montag, den 10. November 1986 eine Sondersitzung der deutschen Rheinschutzkommision statt. Bundesminister Walter Wallmann führt in dieser Woche Gespräche mit den Verbänden der Chemischen Industrie aus der Bundesrepublik und der Schweiz. Am Dienstag, den 11. November 1986 fand eine Sondersitzung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestags statt und demnächst wird es zu einer Sondersitzung der Störfallkommision kommen.

Schon am Mittwoch, den 12. November 1986 kam es in Zürich auf Anregung von Minister Dr. Wallmann zu einer Konferenz der Umweltminister aller Rheinaniegerstaaten. Dabei standen weitere gemeinsame Maßnahmen zur Eindämmung der Unfallfolgen im Mittelpunkt. Außerdem sprachen die Umweltminister über international einheitliche Sicherheitsstandards, die ähnliche Fälle in Zukunft vermeiden können.

Bundesminister Wallmann erklärte, daß nach ihm vorliegenden Berichten, die auf Angaben der Gebäudeversicherungsgesellschaft beruhen, schwerwiegende Sicherheitsmängel in der Firma Sandoz bestanden haben. Bestehende Sicherheitsvorschriften seien nicht eingehalten worden. Minister Wallmann sprach sich dafür aus, aufgrund dieser Erfahrungen umfassende Überprüfungen der Sicherheitsvorrichtungen und -konzepte vorzunehmen. Diese müßten in internationaler Abstimmung erfolgen, damit die gegebenenfalls notwendigen Konsequenzen länderübergreifend gezogen würden.

Große Anfrage der Fraktion: Mehr Chancen für Frauen

Zu der vom Kabinett beschlossenen Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Situation der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland stellt das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit fest:

Die Bundesregierung hat zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen eine Vielzahl konkreter Maßnahmen umgesetzt. Damit wurden die Leistungen von Frauen in der Familie stärker anerkannt, die Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren oder nach der Familienphase in den Beruf zurückzukehren, sowie ihre Beteiligungschancen in Politik und Gesellschaft verbessert. Konkrete Hilfen wurden für Frauen gegeben, für die aufgrund spezieller Lebenssituationen besondere Belastungen bestehen — wie z.B. für Alleinerziehende, behinderte, ausländische Frauen und Frauen, die Familienangehörige pflegen.

Eine insgesamt positive Entwicklung lässt sich auch für den Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens feststellen. Der Anteil von Mädchen mit Hauptschulabschluß lag 1984 bei 44,5 Prozent, mit Realschulabschluß bei 54,7 Prozent, mit Fach- und Hochschulreife bei 46,9 Prozent und mit Abitur bei 50,3 Prozent.

Zur Sicherung der Ausbildungsplatz- und Beschäftigungschancen von Mädchen und Frauen wurden neben der weiteren Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsberufe für Mädchen und der Einbeziehung neuer Technologien in die berufliche Bildung in Abstimmung mit der Wirtschaft auch neue Tätigkeitsfelder

im Bereich der modernen Informations- und Kommunikationstechniken eröffnet, die Mädchen und Frauen den beruflichen Aufstieg ermöglichen.

Der Anteil von Mädchen und jungen Frauen in Ausbildung stieg von 35,3 Prozent im Jahr 1975 auf 40,6 Prozent Anfang 1986. Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen. Sie lag 1985 bei 9 756 000 und ist insbesondere in den Jahren 1984 und 1985 überproportional angestiegen.

Einschränkungen der Ausbildungsplatz- und Beschäftigungschancen von Mädchen und Frauen bestehen jedoch nach wie vor wegen ihrer Konzentration auf relativ wenige Berufe, wegen ihrer nach wie vor weitgehend alleinigen Verantwortung für Aufgaben in der Familie und der dadurch bedingten Einschränkung oder Unterbrechung ihrer Erwerbsfähigkeit. Um die Ausbildungsplatz- und Beschäftigungschancen von Mädchen und Frauen zu verbessern, hat die Bundesregierung daher durch Modelle die Verbreiterung ihres Berufsspektrums ebenso unterstützt wie ihren Zugang zu qualifizierten Tätigkeitsfeldern im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Eine wichtige Voraussetzung für günstige Beschäftigungs- und Berufsrückkehrchancen von Frauen wurde durch die gezielte Verbesserung des Arbeitsförderungsgesetzes geschaffen, mit der insbesondere die Voraussetzungen für eine finanzielle Förderung der Teilnahme an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen — auch in Teilzeitform — und die Zugangs voraussetzungen zu ABA-Maßnahmen für Frauen günstiger gestaltet wurden.

Nach dem Schiesser-Intermezzo „Kehrt marsch“ beim DGB

„Mit dem Rückkauf der Neuen Heimat hat die DGB-Führung deutlich gemacht, welchen Irrweg sie mit dem Verkauf an Herrn Schiesser beschritten hatte“, erklärte Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn. Offenbar beginnt der DGB-Führung klar zu werden, daß der Versuch, sich aus der Verantwortung für Mieter und Mitarbeiter der Neuen Heimat zu stehlen, gescheitert ist.

Die Bundesregierung hat immer wieder versucht, im Interesse von Mietern, Mitarbeitern und Kreditwirtschaft dem DGB Brücken zu bauen. Dies ist in den Gesprächen mit dem DGB im Februar und in den späteren Gesprächen mit dem damaligen Sanierungsbeauftragten Meier-Preschany geschehen. Alle Vorschläge der Bundesregierung wurden durch die BGAG brusk zurückgewiesen.

Die von der Bundesregierung gestellten Forderungen gelten unverändert fort: Offenlegung der wirtschaftlichen Situation des Gesamtkonzerns, Vorlage eines mit den Banken abgestimmten Sanierungs-konzeptes und ausreichende Eigenbeteiligung des DGB. Der jetzt in Abstimmung mit den Banken vorgesehene Rückkauf der Neuen Heimat gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß diese Forderungen nun endlich erfüllt werden. Vor einer abschließenden Beurteilung muß die angestrehte Lösung zunächst konkretisiert werden, müssen die Einzelheiten erarbeitet werden.

Zum gleichen Komplex stellt Johannes Gerster, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Deutschen Bundestages, fest:

Die Flucht des DGB aus der Verantwortung für Hunderttausende Sozialmieter ist mißlungen. Man kann nicht zehn Milliarden Mark Steuersubventionen bei totaler Steuerbefreiung kassieren, abwirtschaften und dann die konkursreife Masse auf einen Schwächeren abschieben. Geblieben waren Bereicherungen im gewerkschaftseigenen Unternehmensverbund, geblieben war die Verantwortung für Fehlentscheidungen der Aufsichtsräte als Gesellschafterversammlung und geblieben war daher die Haftung des DGB und der BGAG gegenüber den Gläubigern.

Zuletzt blieben daher folgende Alternativen: Konkurs der Neuen Heimat bei Herrn Schiesser bei weiterbestehender Haftung des DGB gegenüber den Banken. Oder: Neuer Rettungsversuch der Verursacher des Neue-Heimat-Skandals und deren Haftung auf direktem Wege. Daß sich der DGB für den zweiten Weg entschieden hat, läßt Hoffnung aufkommen. Für die Sozialmieter und für den DGB. Möge mit der Rückkehr der Neuen Heimat auch wieder die Moral Einzug halten.

Republikaner kandidieren nicht für den Bundestag

Die konservativen Republikaner, die bei der Landtagswahl in Bayern überraschend drei Prozent der Stimmen errungen hatten, werden nicht bei der Bundestagswahl antreten, da der Bundesvorstand der Partei mit zu großen organisatorischen Schwierigkeiten rechnet.

Geißler gratuliert Hermann Lutz

Generalsekretär Heiner Geißler hat dem neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, nachfolgendes Telegramm geschickt:

Zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei gratuliere ich Ihnen persönlich wie auch im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sehr herzlich.

Das überzeugende Wahlergebnis ist Ausdruck Ihres persönlichen Einsatzes für Ihre Kollegen. Mit Tatkraft und Engagement haben Sie sich stets für deren Belange eingesetzt. Ich begrüße es, daß mit Ihrer Wahl ein Mitglied der CDU Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geworden ist. Dies stärkt die Idee der Einheitsgewerkschaft — eine große Errungenschaft der Nachkriegszeit —, wie sie von Hans Böckler, Konrad Adenauer und Karl Arnold begründet worden ist.

Die CDU ist zu einer guten und fruchtbaren Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft der Polizei bereit. Wir stehen in der Bundesrepublik Deutschland vor der Aufgabe, die Zukunft so zu gestalten, daß

wir auch künftig in einem Staat der Freiheit und des Inneren Friedens leben.

Ohne die Arbeit einer demokratisch kontrollierten und rechtsstaatlich begründeten Polizei wäre unser Rechtsstaat Freiheitsfeinden und Gewalttätern wehrlos ausgeliefert. Ich möchte Ihre Wahl zum Anlaß nehmen, der Polizei für Ihren Einsatz im Dienst der Verfassung zu danken.

SPD-Kandidat mit DKP-Stimmen auf Bürgermeisterstuhl

Mit den Stimmen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) ist der SPD-Kandidat Friedel Witte am 5. November 1986 zum Bürgermeister der niedersächsischen Stadt Nordhorn (Kreis Grafschaft Bentheim) gewählt worden. Witte erhielt außer den 17 Stimmen seiner eigenen Fraktion auch die fünf Stimmen der DKP-Fraktion, die nach den Kommunalwahlen vom Oktober drittstärkste politische Kraft im Nordhorner Rathaus ist. Witte nahm die Wahl an, obwohl er noch am Wahltag erklärt hatte, er werde sich nicht mit den Stimmen der DKP zum Bürgermeister wählen lassen.

CDU dankt den Polizisten für ihren schweren Dienst

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat unter Leitung seines Vorsitzenden, Minister Kurt Böckmann, eine Anhörung der vier Polizeiverbände zur Lage der Sicherheitskräfte und zu aktuellen Fragen des inneren Friedens durchgeführt.

Minister Böckmann erklärte zu dieser Anhörung:

„Ich habe bei der Anhörung den Vertretern der Polizeiverbände im Namen der CDU Deutschlands den Dank für die außerordentliche Leistungsbereitschaft und

den Einsatzwillen unserer Polizeibeamten ausgesprochen. Die Anhörung machte erneut deutlich, daß die personellen Engpässe bei der Polizei abgebaut werden müssen. Weitgehende Übereinstimmung bestand über die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Sie wurden als notwendiger Beitrag zum Schutz des inneren Friedens begrüßt. Die versuchsweise und zeitlich befristete Einführung der Kronzeugenregelung wurde ebenfalls für notwendig gehalten.“

Mittelstandskomponente für das Handwerk diskutiert

Das Präsidium der CDU und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) haben in einem gemeinsamen Gespräch am 6. November 1986 zentrale Fragen der gegenwärtigen und der zukünftigen Mittelstandspolitik und des Handwerks erörtert. Unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl und Handwerkspräsident Paul Schnitker standen die geplante Steuerreform und die Kostenbelastungen für kleine und mittlere Betriebe im Vordergrund des Gesprächs.

Handwerkspräsident Paul Schnitker bestätigte, daß sich in der abgelaufenen Legislaturperiode die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch für das Handwerk entscheidend verbessert hätten. Die Korrektur des wirtschaftspolitischen Kurses nach 1982 durch die Bundesregierung habe wichtige Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ausgelöst. Beide Seiten stimmten in der Notwendigkeit überein, diesen Kurs konsequent fortzusetzen und dabei auch die Leistungskraft kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere auch des Handwerks, weiter zu stärken. Nach Auffassung beider Präsidien kommt dabei der Verwirklichung eines Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer, der zum Abbau des sogenannten „Mittelstandsbauches“ führt, entscheidende Bedeutung zu. Übereinstimmung bestand darin, daß darüber hinaus als wirksame Mittelstandskomponente Maßnahmen verwirklicht werden müssen, die geeignet sind, die schlechte Eigenkapitalausstattung der kleinen und mittleren Betriebe zu verbessern.

Die Gesprächspartner brachten gemeinsam zum Ausdruck, daß sowohl Tarif-

partner als auch der Staat nach Wegen suchen müssen, ein weiteres Ansteigen der die kleinen und mittleren Betriebe überdurchschnittlich belastenden Lohnzusatzkosten zu verhindern. Dabei gelte es, Entlastungsspielräume voll auszuschöpfen, wie sie sich bei weiterer positiver Beschäftigungsentwicklung, z.B. in der Arbeitslosenversicherung abzeichnen.

Bundeskanzler Helmut Kohl sprach dem Handwerk Dank und Anerkennung für seine außerordentlichen Ausbildungsanstrengungen aus. Das duale System der beruflichen Bildung habe sich bewährt und bilde auch in Zukunft die Basis für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang gab Handwerkspräsident Paul Schnitker bekannt, daß das Handwerk im Jahre 1986 wiederum 250 000 neue Lehrstellen zur Verfügung gestellt hat. Davon sind gegenwärtig noch 20 000 bis 25 000, vor allem im gewerblich-technischen Bereich, unbesetzt.

Beide Präsidien kündigten gemeinsame Anstrengungen an, um besonders die Zahl der Mädchen in diesen Berufen zu steigern.

Man war sich darin einig, daß nunmehr der beruflichen Weiterbildung — insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung moderner Techniken — gleichrangige Bedeutung zur Erstausbildung zukommt. Das Handwerk unterstrich dabei die besondere Rolle der überbetrieblichen Ausbildungsstätten als Weiterbildungs- und Technologiezentren. Deren Funktions tüchtigkeiten müsse auch zukünftig durch eine den hohen Eigenleistungen des Handwerks entsprechende Förderung des Bundes sichergestellt werden.

Ein historisches Ereignis

Nun ist es perfekt: In Münster schlossen sich am 8. November 1986 die bisherigen selbständigen Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe auch de jure zum neuen Großverband

„CDU Nordrhein-Westfalen“ zusammen. Von den 575 anwesenden Delegierten stimmten 574 für die Fusion, ein Delegierter war dagegen.

Bundeskanzler Helmut Kohl war aus diesem besonderen Anlaß nach Münster gekommen, um den Parteifreunden an

Rhein und Ruhr Mut und Zuversicht für die kommenden schweren Aufgaben zu spenden. Die CDU habe die große Chance für einen neuen Aufbruch, sagte der Kanzler und traf damit genau die Stimmungslage der Delegierten, die dem Kanzler großen Beifall spendeten. Der Landesvorsitzende, **Kurt H. Biedenkopf**, griff den Ball auf und versprach, die CDU werde bei der kommenden Wahl beweisen, daß Nordrhein-Westfalen kein Besitzstand der dort seit 20 Jahren regierenden SPD sei. Biedenkopf bezeichnete den Zusammenschluß als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Wiedergewinnung der Mehrheitsfähigkeit. Die Landespartei werde am 25. Januar 1987 einen kräftigen Beitrag dazu leisten, daß die Regierung Kohl im Amt bestätigt werde. Nach der organisatorischen Reform der CDU in NRW soll auch eine inhaltliche Erneuerung versucht werden. Denkanstöße dazu gibt ein Grundsatzpapier „CDU — Zukunft für unser Land“, das von den Delegierten einstimmig verabschiedet wurde. Der Krefelder Oberbürgermeister und erste Stellvertreter des CDU-Landesvorsitzenden, **Dieter Pützhofen**, forderte seine Parteifreunde auf, solidarisch zu kämpfen. Es sei völlig verfehlt, die Partei von außen zu betrachten und klug zu

„schwäzten“, jetzt müsse gemeinsam gearbeitet werden. Er mahnte die NRW-CDU, an „einem Strang zu ziehen“. Besonders angesichts der Tatsache, daß in der SPD schon jetzt Absatzbewegungen von Rau erkennbar seien, weil viele Sozialdemokraten nicht mit in den Strudel des Abstiegs hineingezogen werden wollen. In der SPD werde bereits über die Zukunft der Partei nach Rau spekuliert, sagte Pützhofen.

Sogar der Pförtner war Agent

Fast die Hälfte des Personals der sowjetischen Botschaft in Bonn gehört dem sowjetischen Geheimdienst KGB an. Das sagte der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes, Heribert Hellenbroich, in einem Interview mit der Illustrierten „Neue Revue“. „Wir haben neben Amerika den höchsten Stand an KGB-Leuten“, sagte Hellenbroich. „Wir hatten sogar den Fall, daß der Pförtner der russischen Botschaft der getarnte KGB-Chef war, also mehr zu sagen hatte als der Botschafter“, fügte Hellenbroich hinzu.

Bis 1988 werden 2 400 Nuklearwaffen abgeschafft

Zielstrebig hat die Bundesregierung in Übereinstimmung mit der NATO den Leitgedanken „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ verfolgt. Bis zum Jahre 1988 wird es in Mitteleuropa 2 400 Nukleargefechtsköpfe weniger geben. Nachdem bereits alle nuklearen Sperrmittel aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen sind, wird demnächst auch die Luftverteidigung nach Ablösung des nuklearen Waffensystems NIKE durch Patriot rein konventionell sein.

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

„Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau — ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ — unter diesem Motto stand die Zielgruppenveranstaltung „Frauen“ am 8. November 1986 in den Oberrheinhallen in Offenburg. Der Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl, sich über die Frauenpolitik der CDU zu informieren und die Perspektiven der Frauenpolitik mit Politikerinnen und Politikern zu diskutieren, folgten ca. 7 000 bis 8 000 Teilnehmerinnen (und vereinzelt auch Teilnehmer).

In Offenburg waren Frauen aus allen Gesellschaftsschichten und den unterschiedlichsten Lebensbereichen, Frauen aller Altersstufen vertreten. Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, **Rita Süssmuth**, eröffnete die Veranstaltung. Sie würdigte zunächst die am 29. Oktober 1986 verstorbene ehemalige Bundesministerin Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, deren Einsatz für die Gleichberechtigung auch heute noch Vorbild für die Frauen in der CDU sei. Rita Süssmuth unterstrich anschließend den Anspruch der Frauen auf mehr Macht und Einfluß in Politik und Gesellschaft und bezeichnete es als entscheidenden Fortschritt, daß in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung an den Frauen nicht mehr vorbeizukommen sei. Zwar könne von gleichberechtigter Teilhabe immer noch nicht die Rede sein, doch gebe es zahlreiche Signale hin zu mehr Gleichberechtigung. Dies gelte vor allem für die Essener Leitsätze der CDU und den Beschuß des Mainzer CDU-Bundesparteitages, den Anteil der Frauen an Mandaten, Ämtern und Funktionen so zu steigern, daß er bis zum Be-

ginn der 90er Jahre dem Anteil an der CDU-Mitgliedschaft in etwa entspricht.

Einen weiteren Schwerpunkt der Rede von Ministerin Süssmuth bildete die Forderung nach Wahlfreiheit. Frauen (und Männer) müßten wirklich entscheiden können, ob, inwieweit und wie lange sie Beruf und Familie zu ihrem Wirkungsbereich machen. Wahlfreiheit, wie sie die CDU in ihren Essener Leitsätzen gefordert habe, biete die Chance, daß Mann und Frau auch Erfahrungen in den Lebensbereichen des jeweils anderen machen könnten. Als erste und wichtige Schritte auf dem Weg dorthin nannte Rita Süssmuth Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie und die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung. Ihre engagierte Rede wurde in Offenburg mit viel Beifall bedacht — ein Beifall, der auch dem ständigen Einsatz von Rita Süssmuth für die Sache der Frauen galt. **Renate Hellwig** dankte der Ministerin im Namen aller Frauen und begrüßte den Generalsekretär der CDU **Heiner Geißler**. Er machte in seiner Rede einmal mehr deutlich, daß er es ernst meint mit der Frauenpolitik und dem „Abschied von der Männergesellschaft“. Geißler griff das Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ auf und bezeichnete dies als richtige Idee, die als Beschuß vorliege und jetzt endlich durchgesetzt werden müsse. Dies wollte er vor allem als Mahnung und Aufforderung an die männlichen Parteimitglieder verstanden wissen, die Essener Leitsätze und den Mainzer Parteitagsbeschuß umzusetzen, denn die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen sei eines der wichtigsten Ziele in der Politik.

Am Nachmittag wurde die Veranstaltung in insgesamt neun Diskussionsforen fort-

gesetzt. Hier hatten die Teilnehmerinnen Gelegenheit, mit Politikerinnen und Politikern sowie weiteren Experten das breite Spektrum der Frauenpolitik zu diskutieren: berufliche Chancen von Frauen in bezug auf Bildung und Ausbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die Situation von Hausfrauen und von älteren Frauen, Perspektiven für Familien mit Kindern, die Herausforderung der „Neuen Partnerschaft“, Frauen in der Politik und die Leistungen von Frauen im Ehrenamt.

Die Diskussionsforen waren mit Spitzenpolitikerinnen und -politikern besetzt – beteiligt waren beispielsweise Dr. Dorothee Wilms MdB, Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Dr. Hanna-Renate Laurien MdA, Senatorin und Mitglied des Präsidiums der CDU, Roswitha Verhülsdonk MdB, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie weitere Landesministerinnen und -minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Bundes- und Landtagsabgeordnete. Es wirkten auf den Foren aber auch zahlreiche Frauen mit, die sich vor Ort für die Sache der Frauen einsetzen. In der engagierten, sachlichen und kompetenten Diskussion konnten die Themen sicherlich nicht erschöpfend erörtert werden, doch erhielten alle Beteiligten eine Fülle von Anregungen. Die Diskussion war – ebenso wie eine kleine Ausstellung mit beispielhaften Initiativen von Frauen vor Ort – ein eindrucksvoller Beweis für den politischen Sachverstand und das Engagement der Frauen. Einig war man sich darin, daß die zahlreichen Erkenntnisse, die in der Diskussion gewonnen wurden, nun zusammen mit den Männern in die Tat umgesetzt werden müssen.

Dies betonte auch Rita Süßmuth, als sie die Abschlußveranstaltung des Offenbur-

ger Frauentages eröffnete. Sie begrüßte den Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, dessen Rede einen Höhepunkt und zugleich den Abschluß der Veranstaltung bildete. Helmut Kohl, begleitet von seiner Frau Hannelore, wurde von den Frauen begeistert empfangen. In einer mehr als einstündigen Rede zog er eine positive Bilanz der Politik der Bundesregierung. Zuversicht und Optimismus hätten Verzagtheit und Pessimismus verdrängt. Entscheidend seien die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, die Politik für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht und die Sicherung des Friedens in Freiheit gewesen. Politik bedeute dabei vor allem, im Hinblick auf die nächste Generation zu handeln. Das schließe mit ein, das „Ja zum Leben“ wieder deutlicher in den Vordergrund zu rücken. Der lebhafte Beifall der Frauen und Männer in Offenburg zeigte, daß sie mit Helmut Kohl übereinstimmten. Rita Süßmuth: „Sie sind für uns der einzige und richtige Kanzler.“

Preise erneut gesunken

Zur aktuellen Preisniveauentwicklung erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Im Oktober sind die Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Oktober letzten Jahres erneut um fast einen Prozentpunkt gesunken. Ein Prozentpunkt weniger Inflation entspricht einem Mehr an realer Kaufkraft für die Gesamtwirtschaft in der Größenordnung von 11 Mrd. DM pro Jahr. Auf den einzelnen Haushalt umgerechnet bedeutet dies, daß seine Kaufkraft um etwa 500,— DM steigt. Durch den Rückgang der Verbraucherpreise von 5,3 Prozent im Jahre 1982 auf weniger als ein Prozent in diesem Jahr ist die Kaufkraft der Bürger seit dem Regierungswechsel um mehr als 50 Mrd. DM gestiegen.

Gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Mehr Beschäftigte - weniger Arbeitslose

Aktuelle Meldung der Bundesanstalt für Arbeit:

- Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Oktober 1986 um 19800. Das sind 122 500 weniger als vor einem Jahr. Das ist der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit Oktober 1982.
- Mehr junge Menschen finden einen Arbeitsplatz. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat gegenüber dem Vorjahr um 24 100 abgenommen.
- Die Beschäftigung nimmt weiter zu. Seit September 1985 haben 300 000 mehr Menschen einen neuen Arbeitsplatz gefunden.
- Die Zahl der offenen Stellen steigt weiter. 153 100 offene Stellen sind den Arbeitsmännern gemeldet. Das sind 19 700 mehr als im Oktober 1985.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sagen in ihren Herbstgutachten: Auch für 1987 sind

die Perspektiven für Arbeitnehmer gut.

- Der Aufschwung geht weiter.
- 280 000 mehr Beschäftigte.
- Die Preise bleiben stabil.

Erinnern Sie sich! Beinahe auf den Tag genau, vor 3 Jahren, am 30. Oktober 1983, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, voraus, „die Arbeitslosigkeit werde bis heute 3,5 Mio. im Jahresschnitt und weit über 4 Mio. im Winter erreichen“. (Welt am Sonntag vom 2. November 1986)

Und nun verspricht Rau ein neues 14,5 Milliarden Strohfeuer-Programm, von denen uns die SPD von 1974—1982 bereits 17 bescherte und die den Steuerzahler 50 Milliarden Mark kosteten. Ein neuer großer Bluff der SPD — teuer und wirkungslos.

Weiter so, Deutschland



Frauen in der CDU

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die Frauen in der CDU zu den aktivsten und engagiertesten Wahlkämpfern gehören. Und schließlich sind die Frauen eine äußerst wichtige Zielgruppe unter den Wählern. Sie sind in der Mehrheit.

Zur Ansprache der Frauen im Wahlkampf gibt es jetzt zwei neue Werbemittel:

Frauen in der Politik S. 4

Frauen in der CDU

Mehr Chancen für Frauen S.2/3

Ganz Herz
und ganz Verstand

Zeitung „Frauen in der CDU“

Ansprechend und journalistisch aufgemacht mit vielen für Frauen interessanten Informationen.

Mindestabnahme: 100 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 2924

Frauenvereinigung der CDU



Rahmenplakat „CDU-Frauenvereinigung“

DIN A1, zur Ankündigung der Veranstaltungen und Aktivitäten der örtlichen Frauenvereinigungen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 8926

Weitere Materialien zu diesem Themenbereich:

Zeitung „CDU extra“: Wir wollen die neue Partnerschaft von Mann und Frau

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 34,— DM
Bestell-Nr.: 2645

Leitsätze
Jetzt mit dem neuen CDU-Emblem
„Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 21,50 DM
Bestell-Nr.: 5708

Videofilm „Die neue Partnerschaft – Frauen in Beruf, Familie und Politik“

Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 19,80 DM
Bestell-Nr. für System VHS: 4637
Bestell-Nr. für System Betamax: 4638
Bestell-Nr. für System Video 2000: 4639

Das neue „CDU extra Senioren“

Zum ersten Mal auf der erfolgreichen Seniorenveranstaltung in Koblenz vorgestellt, jetzt auch beim Versandzentrum zu beziehen. Format DIN A4, 4 Seiten

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM
Bestell-Nr.: 2921



Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland



**Stolz auf die
Erfolge beim Aufbau
unseres Landes**

Helmut Kohl: Die Renten sind sicher,

DDR ausgebaut. Wir können uns darüber freuen, dass wir inzwischen mehr als 200 Landesheile aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik gebracht haben. Das ist ein großer Erfolg unserer Politik, durch den die Lebensbedingungen im gesamten Landesgebiet gesteigert wurden.

• Wir haben die Preisdifferenz zwischen Ost und West, die inzwischen festgestellt und weiterhin bestehen bleibt, auf das Zustandekommen der unvordenbares und weitreichendste sozialpolitische Reformen in Deutschland ist heute wieder eingestiegen. Der Unterschied zwischen Ost und West ist inzwischen auf dem gesamten Gebiet der DDR aufgehoben.

• Wir haben die interessenpolitischen Kontakte zum Wohl der Menschen in der

DDR ausgebaut. Wir können uns darüber freuen, dass es inzwischen mehr als 200 Landesheile aus der DDR zu uns in die Bundesrepublik gebracht

• Wir haben die Preisdifferenz zwischen Ost und West, die inzwischen festgestellt und weiterhin bestehen bleibt, auf das Zustandekommen der unvordenbares und weitreichendste sozialpolitische Reformen in Deutschland ist heute wieder eingestiegen. Der Unterschied zwischen Ost und West ist inzwischen auf dem gesamten Gebiet der DDR aufgehoben.

• Wir haben die Preisdifferenz zwischen Ost und West, die inzwischen festgestellt und weiterhin bestehen bleibt, auf das Zustandekommen der unvordenbares und weitreichendste sozialpolitische Reformen in Deutschland ist heute wieder eingestiegen. Der Unterschied zwischen Ost und West ist inzwischen auf dem gesamten Gebiet der DDR aufgehoben.



Mehr als 3 Milliarden

Mark werden im Jahr 1986

Um 42 Mark wird

das monatliche gesetzlich

festgesetzte Durchschnitt aller

Honorararbeitszeit

ansteigen. Beson-

ders Rentnerinnen

und Rentner werden

Wohngeldbehandlung.

Bundesbank:

Preisindex steht

Die Branche geht

in ihren jungen

Monatsgehalt

um 10 Prozent

wiederher stabil

bleibt.

Der Renten sind und bleiben sicher.

Für ein gesichertes Leben nach Jahren harter Arbeit – dafür steht die CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

COUPON

Büro auszuüben und einzureichen, Postfach 1328,
Statistikamt Wiesbaden
D-6200 Wiesbaden



Die CDU informiert:



Auf Ihre Stimme kommt es an!

Am 26. Januar entscheiden Sie mit Ihrer Stimme darüber, ob die Regierung Helmut Kohl die schwierige Politik fortsetzen kann oder eine neue Periode der Unsicherheit und wirtschaftlichen Krisen beginnt. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland gestiegen ist: Unser Land ist wieder ein zuverlässiger Partner im westlichen Bündnis. Wir sind international wieder ein Beispiel für wirtschaftliche Stabilität.



Die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl kommt allen Bürgern zugute:

- ✖ Die Wirtschaft wächst, das sichert Wohlstand für alle.
- ✖ Beste Preise sind die beste Sozialpolitik
- ✖ Die Arbeitsplätze sind sicher, neue Arbeitsplätze entstehen
- ✖ Wenige Steuern: Familien werden besonders entlastet

Wir sind auf einem guten Weg! Das ist wichtig. Mit Ihrer Stimme für die CDU sorgen Sie dafür, daß dies so bleibt.



Wie können Sie wählen?

An der Bundestagswahl 1987 können Sie per Briefwahl teilnehmen. Hierfür müssen Sie folgendes tun:

✖ Wer im Ausland lebt und nicht bei einem bundesdeutschen Einwohnermeldeamt registriert ist, muß sich zunächst in ein Wahlregister eintragen lassen. Die nötigen Antragsformulare können Sie anfordern:

✖ Bei den Botschaften und Berufs-Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland;



✖ beim Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, Postfach 55 28, D-6200 Wiesbaden (siehe Coupon).

Selbstverständlich können Sie gleich mehrere Antragsordnungen - für Ihre Familienangehörigen, Freunde oder Kollegen - anfordern.

✖ Bel den Antragsformularen schicken Sie bitte schnellstmöglich an die Gemeinde, in der Sie vor Ihrem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gewohnt waren. Diese müssen Sie mindestens spätestens 21 Tage vor dem Wahltag dort eingegangen sein, damit Sie in das Wählerverzeichnis eingetragen werden können. Berücksichtigen Sie bitte die längeren Postaufzäuden in der Vorweihnachtszeit im internationalen Postverkehr, besonders von Übersee! Weitere Einzelheiten entnehmen Sie bitte einem Merkblatt, das Sie

Prospekt „Wahlrecht für Deutsche im Ausland“

Alle Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UID

35/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VWA-Druck, Düsseldorf.